

# LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
178 · Ausgabe SO · Oktober 2018

SP

DIE SP WAR WÄHREND 10 TAGEN AN DER MESSE PRÄSENT

## Reden miteinander!

**DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DES KANTONS SOLOTHURN HAT ENDE SEPTEMBER AN DER 10-TÄGIGEN SOLOTHURNER HERBSTMESSE EINE PARFORCELEISTUNG HINGELEGT: MEHR ALS 300 MANN- BEZIEHUNGSWEISE FRAUSTUNDEN HABEN 37 GENOSSINNEN UND GENOSSEN IN 22 SCHICHTEN GELEISTET, UM UNSERE PARTEI DEN MENSCHEN ZU ZEIGEN – SO WIE SIE IST. INSGESAMT WURDEN ÜBER 1400 GESPRÄCHE GEFÜHRT, EINFACHERE UND ANSPRUCHSVOLLERE. DARAUSS RESULTIEREN GUT 350 NEUE SP-INTERESSIERTE MENSCHEN AUS DEM KANTON SOLOTHURN. DAS IST EIN SOLIDER ERFOLG. ICH SAGE GROSSEN DANK AN ALLE HELFERINNEN UND HELFER, WELCHE TEILS TÄGLICH ANWESEND WAREN.**

Niklaus Wepfer,  
Parteisekretär  
niklaus.wepfer@sp-so.ch



Nach drei Jahren Erfahrung können wir Bilanz ziehen. Die Präsenz an der Messe lohnt sich in vielerlei Hinsicht. Jedes Jahr setzten wir andere Schwerpunkte. Waren es 2016 die Transparenz in der Politikfinanzierung und 2017 die Krankenkassenprämien, sammelten wir 2018 Unterschriften für die kantonale Initiative «Mehr Demokratie in den Gemeinden». Längst nicht jedes Gespräch wurde mit einer Unterschrift abgeschlossen. Das macht nichts, wir wollen ja einfach den Puls fühlen, Sorgen und Nöten unser Ohr leihen, Kritik und Lob hören oder ganz einfach bei einem Becher Solothurner Süssmost einen unbeschwerten Schwatz führen. Genau, zum Beispiel über Kuhhörner. Wie bitte? Bei der SP lagen Flyer für die

Kuhhorninitiative auf, über die wir im November abstimmen. Warum gabs denn keine Flyer gegen die Abschottungsinitiative oder gegen das unsägliche Observationsgesetz? Die Antwort ist einfach, sie waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht erhältlich... Und weiter gings im Gespräch über Kuhhörner. SP und Kuhhörner? So wie wir Menschen z.B. in einem Gespräch miteinander kommunizieren, tun dies in der Tierwelt die Kühe mit der Stellung ihrer Hörner gegenüber Artgenossinnen. Auch das sind Botschaften. Ohne Horn muss sich ein Tier gegenüber seinem natürlichen Verhalten komplett neu orientieren, teils mit gravierenden Nebenwirkungen.

Ab und zu gab es auch heftige Kritik an der SP. Das ist gut so. In den allermeisten Fällen konnten die Differenzen in einem klärenden Gespräch besprochen und manchmal ausgeräumt werden. Dabei war nicht zwingend die Einigkeit das Ziel, sondern es galt, aufeinander einzugehen, einander zuzuhören, auf Augenhöhe zu begegnen und sich gegenseitig ernst zu nehmen. Hinzu kommt zwingend eine Prise Humor. Auch deshalb sind wir mit dem Motto angetreten: «Mach mit, weil Politik Spass macht».

1600 Ballone haben wir verschenkt. Das sind 1600 Botschaften, welche die Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen mit sich trugen. Zum Beispiel, weil sie Kinder sind und sie ein Ballon glücklich macht, oder weil sie es gut finden, dass wir hier unter die Leute gehen, uns nicht nur für sozial schwächere Menschen einsetzen, sondern auch für vom Menschen unterdrückte Viecher, die Demokratie stärken wollen und in jeder Hinsicht für Gerechtigkeit einstehen – ohne Wenn und Aber.

Oder ganz einfach, weil sie oder er von unserer Parteipräsidentin, unserer Regierungsrätin oder unserem Nationalrat einen Ballon geschenkt oder einen Most bekommen haben wollten. So geht das – reden miteinander – SP bi de Lüt.

Die SP Kanton Solothurn sucht für den Zeitraum vom 29. April bis 29. Oktober 2019 **Campaigner\*innen für die Wahlkampagne 2019 (140 %)**, siehe Inserat Seite 19 und [www.sp-so.ch](http://www.sp-so.ch)

# Treppe statt Lift – wie Susanne Schaffner in ihrem Amt vorsorgt

**AM 23. APRIL 2017 HAT DIE SOLOTHURNER STIMMBEVÖLKERUNG EXAKT NACH 100 JAHREN SP-REGIERUNGSBETEILIGUNG DIE ERSTE SP-FRAU GEWÄHLT. SUSANNE SCHAFFNER ERREICHTE IM 2. WAHLGANG MIT 30 747 STIMMEN DEN SPITZENPLATZ UND ZOG MIT DER GRÜNEN BRIGIT WYSS IN DIE REGIERUNG EIN. NICHT GEWÄHLT UND WEIT ABGESCHLAGEN: DIE FDP-FRAU MARIANNE MEISTER. REMO ANKLI (FDP), ROLAND HEIM UND ROLAND FÜRST (CVP) WURDEN ALS BISHERIGE IM 1. WAHLGANG GEWÄHLT. ERSTMALS REGIEREN IM KANTON SOLOTHURN ALSO ZWEI FRAUEN MIT UND ERSTMALS IN DER GESCHICHTE HAT DER EINST STOLZE SOLOTHURNER FREISINN NUR NOCH EIN MITGLIED IN DER REGIERUNG. BIS 1887 WURDE DER KANTON SOLOTHURN NUR VON FREISINNIGEN REGIERT, 1887 WURDE DAS ERSTE CVP-MITGLIED GEWÄHLT UND 1917 MIT HANS AFFOLTER DER ERSTE GENOSSE.**

**Susanne, du bist seit dem 1. August 2017 als Regierungsrätin und Vorsteherin des Departementes des Innern (DDI) im Amt. Jetzt, 15 Monate später – wie gefällt es dir?**

Mir gefällt meine Aufgabe sehr gut, es fühlt sich so an, als hätte ich nie etwas anderes gemacht. Was ja auch ein wenig stimmt, weil eigentlich ist es eine Fortsetzung meines bisherigen Berufes. Als Anwältin habe ich mich immer für Menschen eingesetzt und mit ihnen zusammen nach Lösungen gesucht. Jetzt – als Leiterin meines Departementes – stehe ich tagtäglich im Kontakt mit Menschen aus den verschiedensten Lebenssituationen und versuche mit ihnen gemeinsam, Lösungen zu finden und die Zukunft zu gestalten.

**Es ist bekannt, dass du von deinem Vorgänger (Peter Gomm, Regierungsrat von 2005–2017) ein sehr aufgeräumtes Departement übernommen hast. Wo liegen in deinem Aufgabenbereich heute die grössten politischen Baustellen?**

Das Departement war tatsächlich sehr gut organisiert, als ich es übernommen habe.

Am wichtigsten sind die motivierten Menschen, die hier arbeiten. Da das DDI einen übergreifenden Aufgabenbereich beinhaltet, schaffen wir jeden Tag Synergien zwischen den einzelnen Ämtern. Das ist der grösste Teil meiner Arbeit. Zum Beispiel bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen des Ausländergesetzes. Hier sieht man, wie gut die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Abteilungen funktioniert.

**Das war jetzt ein interessanter Blick auf die Gegenwart. Es stehen jedoch auch grosse Brocken bevor, so zum Beispiel die Umsetzung der Steuervorlage 17. Sollte diese wie von der Gesamtregierung vorgesehen umgesetzt werden, drohen Ausfälle in der Höhe von 140 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden. Kann sich der Kanton dies leisten?**

Die Gesamtregierung hat sich für diese Vorlage entschieden. Der Kanton Solothurn wird auf Grund internationaler Bestimmungen dazu gezwungen, seine Steuerstrategie zu überarbeiten. Die Lösung der Regierung

wird voraussichtlich Ausfälle von 140 Millionen für Kanton und Gemeinden verursachen. Die Frage ist daher nicht, ob wir uns diese Ausfälle leisten können – die Frage ist vielmehr, woher wir das Geld für die Ausfälle herbekommen werden. Wenn der Kanton diese Ausfälle nicht kompensieren kann, wird es zu Steuererhöhungen und Einsparungen kommen. Das sind im Endeffekt politische Entscheidungen, die auch das Parlament mittragen muss.

**Du bist Teil dieser Regierung und musst dich an ihre Beschlüsse halten, auch wenn du mal anderer Meinung bist. Als langjährige Parlamentarierin und bekannt dafür, Klartext zu reden, wie gehst du mit diesem Rollentausch um?**

Ich pflege in meinem Departement einen offenen Dialog. Das bedeutet natürlich auch, dass mir gegenüber offen Kritik geäussert werden darf. Nur so sorgt man dafür, dass sich alle gehört und wertgeschätzt fühlen – egal, ob das im Kantons- oder Regierungsrat ist. Und gerade in der Regierung kann ich oft

Anliegen erfolgreich einbringen. Selbstverständlich gibt es auch politische Differenzen. Regieren bedeutet Lösungen finden – und das kommt mir als lösungsorientierter Politikerin entgegen, auch wenn das Resultat natürlich nicht immer meinen Idealvorstellungen entspricht.

**Du bist Exekutivpolitikerin und musst unter anderem die Beschlüsse des Kantonsrates ausführen. Kürzlich hat dieser die erwiesenermassen nutzlose schwarze Liste für säumige Krankenkassenprämienzahler abgeschafft. Das ist ein Erfolg – auch für dich und für eine seriöse überparteiliche Zusammenarbeit. Wie gehst du ganz allgemein damit um, wenn du Beschlüsse umsetzen musst, die nicht in deinem Sinn sind?**

Wer mit diesem Spannungsfeld nicht zu recht kommt, kann dieses Amt nicht ausüben. Bereits als Kantonsrätin, als Präsidentin der kantonalen Finanzkommission, musste ich Mehrheitsentscheide vertreten, die nicht meiner Meinung entsprachen. Als Regierungsrätin ist es meine Aufgabe, Beschlüsse des Parlaments umzusetzen.

**Vor deiner Zeit als Regierungsrätin warst du viele Jahre Anwältin für die kleinen Leute mit eigener Kanzlei. Während dieser Zeit hast du dafür geschaut, dass Menschen in Not zu ihrem Recht kommen. Nach wie vor gibt es in der heutigen Gesellschaft zahlreiche Ungerechtigkeiten, wie z.B. beim Lohngefälle zwischen Mann und Frau. Kann man als sozialdemokratische Regierungsrätin hier und in anderen Bereichen etwas bewegen?**

Ich setze mich in der Regierung immer für die sozial Schwächeren ein. Auch wenn Politik und Regieren die Kunst des Kompromisses ist, steht für mich Solidarität über allem. Ich

bin der festen Überzeugung, dass der Staat mit Regulierungen dafür sorgen muss, dass alle zum Zug kommen und am Wohlstand der Schweiz teilhaben können. Meine Politik steht im Dienst von allen und nicht von denjenigen, die bereits alles Geld der Welt haben. Alle sollen zu ihren Rechten kommen, alle Stimmen sollen gehört werden.

**Die sozialdemokratische Fraktion ist bei den letzten Wahlen um 4 Mitglieder gewachsen (23 von 100 Sitzen). Wie empfindest du die Fraktionsarbeit und welche Wünsche hast du an die SP/Junge SP-Legislativmitglieder?**

Ich empfinde die Zusammenarbeit als sehr konstruktiv. Wichtig ist das gemeinsame Vertrauen. Ich nehme jetzt als Regierungsrätin eine andere Rolle ein in der Fraktion als zu meiner Zeit als Kantonsrätin. Aber der Austausch findet statt und das ist das Wichtigste. Ich weiss, wohin die Fraktion politisch möchte, und gleichzeitig erhalte ich auch Unterstützung für meine eigenen Anliegen – so funktioniert gute Zusammenarbeit.

**Im nächsten Jahr stehen die eidgenössischen Wahlen an. Die SP will ihren Sitz im Ständerat und die zwei Sitze im Nationalrat halten. Gib uns einen Rat, wie wir dies**

**«Auch wenn Politik und Regieren die Kunst des Kompromisses ist, steht für mich Solidarität über allem.»**

**schaffen können – in einer Zeit, wo in Ländern rund um die Schweiz herum nationalistische Parteien auf dem Vormarsch sind.**

Es ist sehr wichtig, dass wir unsere Sitze auf nationaler Ebene halten können. Entscheide auf Bundesebene haben einen grossen Einfluss auf den Kanton Solothurn. Die SP ist eine lösungsorientierte Partei, die sich für alle Menschen einsetzt. Im Gegensatz zu manch anderen Parteien, die mit Vorliebe Probleme und Ängste bewirtschaften, arbeiten wir an einer solidarischeren Gesellschaft. Dafür ist die Nähe zur Bevölkerung von grosser Bedeutung. Nur im Dialog können wir erfolgreiche Lösungen für die komplexen Probleme entwickeln. Wenn wir dem nationalistischen Lärm von rechts überzeugende, breit abgestützte und soziale Antworten entgegenhalten können, dann geht denen bald die Luft aus.

**Im Namen der Kantonalpartei und der Kantonsratsfraktion danke ich dir ganz herzlich für deine Arbeit als Regierungsrätin und wünsche dir und deiner Familie für die Zukunft alles Gute. Eine Frage hab' ich noch: Wie erholst du dich neben deinem vollen Terminkalender in diesem Job mit grosser Verantwortung?**

Meine Priorität ist die Arbeit im Departement, erst dann kommen die Repräsentationspflichten, die ich durchaus auch gerne wahrnehme. Beides zusammen ergibt manchmal tatsächlich lange und anstrengende Arbeitstage. Aber ich habe schon vorher viel gearbeitet – als Anwältin und als Kantonsrätin. Neben all den Sitzungen ist mir wichtig, dass ich fit und in Bewegung bleibe. Ich mache viel Sport und nehme beispielsweise im Ambassadorshof lieber die Treppen als den Lift.

Interview: Niklaus Wepfer; Foto: Michel Lüthi

## KANTONSRAT

# Sessionsbericht September 2018 Fraktion SP/junge SP

**DIE FRAKTION SP/JUNGE SP HAT SICH ANLÄSSLICH DER SEPTEMBER-SESSION UNTER ANDEREM FÜR DIE BEIBEHALTUNG DES KOPFSTIMMPRINZIPI AN DELEGIERTENVERSAMMLUNGEN VON SOLOTHURNER ZWECKVERBÄNDEN EINGESETZT. ZUDEM HAT SIE ZWEI NEUE VORSTÖSSE EINGEREICHT: EINE INTERPELLATION ZUR ANBINDUNG DES INDUSTRIEAREALS ATTISHOLZ SÜD AN DEN BAHNHOF LUTERBACH-ATTISHOLZ EINEN AUFTRAG ZU EINER ERWEITERUNG DER POLITISCHEN INSTRUMENTE AUF KOMMUNALER EBENE.**

Anna Rüefli, Kantonsrätin  
aus Solothurn  
anna.rueefli@gmx.ch



### **SP für Beibehaltung des Kopfstimmprinzips an Delegiertenversammlungen von Zweckverbänden**

Infolge eines erheblich erklärten parlamentarischen Auftrags unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Änderung des Gemeindegesetzes, die es möglich macht,

dass bei Delegiertenversammlungen von Solothurner Zweckverbänden (nach einer entsprechenden Statutenänderung) eine delegierte Person künftig mehrere Stimmen einer Gemeinde vertreten kann (Abkehr vom

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Kopfstimmprinzip). Die grosse Mehrheit der Fraktion SP/Junge SP hat sich gegen diese Gesetzesänderung ausgesprochen. Fraktionssprecherin Nadine Vögeli (SP, Hägendorf) führte dazu aus, dass bereits durch die Schaffung von Zweckverbänden die Mitbestimmung der Gemeindebevölkerung erheblich eingeschränkt wird. Würde jetzt auch noch einer Person allein die Möglichkeit gegeben, für alle anderen Delegierten einer Verbandsgemeinde abzustimmen, mache dies den Zweckverband noch undemokratischer. Vögeli weiter: «Nimmt man die Delegiertenversammlung ernst, so kann sich die Funktion einer Delegierten nicht darauf beschränken, nur wie ein vom Gemeinderat programmierter Roboter zu funktionieren. Im Gegenteil: Sie hat alle Rechte, die eine Parlamentarierin gemäss ausserordentlicher Gemeindeorganisation auch hat, und zwar in grundsätzlich freier Wahrnehmung ihres Mandates. Sie kann Wortbeiträge liefern, sie kann Anträge zum Verfahren und zu den Inhalten stellen, sie kann parlamentarische Vorstösse einreichen. Gebunden ist sie nur dort, wo sie ausdrückliche Instruktionen der Gemeinde erhalten hat. Die Ermöglichung des Mehrfachstimmrechts dampft all diese Möglichkeiten auf eine Person ein, das ist undemokratisch.» Die Fraktion SP/Junge SP blieb mit ihren Bedenken allerdings in der Minderheit. Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung mit 67 zu 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

### SP fordert rasche Anbindung des Industriareals Attisholz Süd an den Bahnhof Luterbach-Attisholz

In einer Interpellation stellt Urs von Lerber (SP, Luterbach) dem Regierungsrat Fragen zur Anbindung des Industriareals Attisholz Süd an den Bahnhof Luterbach-Attisholz. Auf dem Industriereal Attisholz Süd baut die Firma Biogen eine hochmoderne Produktionsanlage. Mit deren Inbetriebnahme 2019 sollen bis zu 600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zusätzliche Firmen sollen angesiedelt werden. Der Kanton unterstützt die Arealentwicklung tatkräftig und investiert selbst beträchtliche Summen. Der Bahnhof Luterbach-Attisholz ist für Pendlerinnen und Besucher ein wichtiger Teil der Erschliessung des Areals Attisholz Süd. Der Bahnhof verfügt heute jedoch nur über einen Ausgang Richtung Dorfzentrum, nicht jedoch in Richtung Norden zum Industriereal. Viele Pendlerinnen, Besucher und Reisende müssen deshalb Umwege in Kauf nehmen. Auch ist der Bahnhof untauglich für Menschen mit Gehbehinderungen, Familien mit Kinderwagen und Personen mit Gepäck. Der Ein- und Ausstieg in die Züge gleicht einer Kletterpartie. Es gibt weder Rampen noch Lifte. Alles in allem kein Vorzeigeobjekt für ein Vorzeigearial. In diesem Zusammenhang möchte Urs von Lerber vom Regierungsrat wissen, weshalb die Anbindung des Industriareals Attisholz Süd an den Bahnhof Luterbach-Attisholz nicht zügig vorangetrieben wird. Darüber hinaus fragt er nach, was unternommen werden müsste, damit die Anbindung bis zur Aufnahme des Normalbetriebs von Biogen umgesetzt ist und wann der Bahnhof Luterbach-Attisholz nach dem Behindertengleichstellungsgesetz umgebaut sein wird.

### Junge SP fordert politisches Instrument des «Auftrags» auch für die Gemeinden

Mit einem Auftrag verlangt Simon Gomm (Junge SP, Olten) vom Regierungsrat, dem Kantonsrat die gesetzlichen Anpassungen zu unterbreiten, um den Gemeinden die freie Wahl zwischen den politischen Instrumenten der «Motion» und des «Postulats» und dem (heute nur auf kantonaler Ebene bestehenden) politischen Instrument des «Auftrags» zu ermöglichen. Mit einer Motion können kommunale Stimmberechtigte vom Gemeinderat verlangen, der Gemeindeversammlung einen Reglements- oder Beschlussesentwurf vorzulegen. Ein Postulat ist demgegenüber lediglich ein Prüfauftrag: Mit ihm können kommunale Stimmberechtigte den Gemeinderat auffordern, er solle prüfen, ob ein Reglements- oder Beschlussesentwurf zu erarbeiten oder ob eine Massnahme zu treffen oder zu unterlassen ist. Auf kantonaler Ebene wurden die Instrumente der Motion und des Postulats längst zugunsten des einheitlichen «Auftrags» abgeschafft. Mit einem Auftrag kann der Regierungsrat aufgefordert werden, einen Gegenstand zu prüfen, selbst eine Massnahme zu treffen oder den Kantonsrat in der Ausübung seiner Befugnisse zu unterstützen. Indem er die Instrumente der Motion und des Postulats vereint, macht der Auftrag die Formfrage überflüssig; sich statt mit formellen Abgrenzungsfragen herumschlagen zu müssen, kann sich der Kantonsrat vielmehr mit den Anliegen in der Sache beschäftigen. Aus diesem Grund sollen auch die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, die (juristisch voraussetzungsreicheren) Instrumente der Motion und des Postulats durch das (juristisch einfachere) Instrument des Auftrags zu ersetzen.

### Das darf nicht sein!

Ich stelle mir immer wieder diese Frage: «Wieso?» – und komme jedes Mal zum Schluss, dass es schlicht und einfach nicht sein darf.

Das Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Gleichstellung von Frau und Mann soll die Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit erleichtern. Es ist gesetzlich niedergeschrieben. Schwarz auf weiss. Wieso, um Himmels Willen, besteht bis heute ein «unerklärter» Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern?

Frauen verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer,

und dies bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit. Die eine Hälfte lässt sich durch bestimmte Faktoren noch erklären. Doch die andere Hälfte ist nicht erklärbar. Für mich ist das eindeutig eine Diskriminierung gegenüber Frauen. Ich sehe absolut keine Rechtfertigung dafür, dass Frauen benachteiligt und «ausgebeutet» werden. Offenbar ist unsere innovative und im Ausland hoch angesehene Schweiz doch nicht so toll, wie alle glauben. Für das Frauenstimmrecht brauchte die Schweiz schon eine gefühlte Ewigkeit, ich will gar nicht wissen, wie lange es bei der Lohngleichheit dauert. Männer und Frauen müssten sich ihr Rollenver-

## MEIN STANDPUNKT

ständnis, ihre Vorurteile vor Augen führen und hinterfragen. Das benötigt aber den Willen dazu und viel Zeit. Sehr viel Zeit womöglich. Doch das darf nicht sein, nicht im 21. Jahrhundert.

Somit frage ich euch: «Wie lange müssen wir Frauen diesen endlosen Kampf noch führen?»

Mara Moser,  
Kantonsrätin aus  
Niedergösgen

MaraMoser710@  
hotmail.com

